

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Frau Kollegin Düker, ich kann Ihnen zustimmen, dass Sie das nicht verstanden haben.

(Heiterkeit von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Jetzt mal antworten! – Monika Düker [GRÜNE]: Wir können auch gerne noch Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg ...! – Weitere Zurufe)

Entschuldigung, es ist ja auch schwierig. Sie vergleichen zwei ganz unterschiedliche Dinge miteinander.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das haben Sie getan!)

Ich war gerade dabei, vorzutragen, wie die neue Politik dieser Regierung im Vergleich zur Politik der Vorgängerregierung wirkt. Ich habe die Planungen für 2017 – Ihre letzten Planungen – mit unseren wirklichen Haushaltszahlen für 2019 verglichen, und ich habe den Konsolidierungsfortschritt aufgezeigt, um deutlich zu machen, dass wir diejenigen sind, die sparsam sind und gute Haushaltspolitik machen.

Ich habe uns nicht mit Berlin, mit Baden-Württemberg, mit irgendjemandem verglichen. Das ist eine völlig andere Zahl.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wer ist von der Regierung, Herr Minister? – Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Wir können uns tatsächlich vorstellen, dass wir jedem heute in Nordrhein-Westfalen geborenen Kind ein wirksames Aufstiegsversprechen geben können,

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Da bin ich mal gespannt!)

frei von der haushaltspolitischen Last der Vergangenheit zu leben – in einem starken, sicheren, welt-offenen Land Nordrhein-Westfalen, in dem jeder mit harter Arbeit und mit bester Bildung aufsteigen kann; in einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

mit soliden Finanzen als Grundlage. Genau dies schaffen der Nachtragshaushalt 2018 und der Haushalt 2019. Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kann ich die Aussprache zur Grundsatzdebatte an dieser Stelle schließen.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den Einzelplan 12. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4412, den Einzelplan 12 unverändert anzunehmen. Somit führen wir die Abstimmung über den Einzelplan 12 selbst durch und

nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem Einzelplan 12 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 12** mit dem festgestellten Ergebnis **in zweiter Lesung angenommen**.

Wir kommen zweitens zur Finanzplanung 2018 bis 2022. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4419, die Finanzplanung 2018 bis 2022 zur Kenntnis zu nehmen. Ich schaue in die Runde, sehe keinen Widerspruch und **stelle** damit die **Kenntnisnahme der Finanzplanung 2018 bis 2022 fest**.

Wir kommen drittens zur Abstimmung, und zwar über einen Änderungsantrag der Fraktion der AfD zum Einzelplan 20 des Nachtragshaushaltsgesetzes 2018. Dieser Änderungsantrag trägt die Drucksachennummer 17/4347. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Änderungsantrag 17/4347** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich weise darauf hin, dass über den **Einzelplan 20**, über den **Text des Haushaltsgesetzes 2019 und dessen Anlagen**, über das **Nachtragshaushaltsgesetz 2018** sowie über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2019** wie angekündigt erst **morgen nach Abschluss der Beratungen über alle Einzelpläne abgestimmt** wird. Ich weise des Weiteren darauf hin, dass wir dann auch über die **Rücküberweisung der vorgenannten Gesetzentwürfe** zur Vorbereitung der dritten Lesung entscheiden.

Vorsorglich erinnere ich noch einmal daran, dass das **Haushaltsbegleitgesetz 2019** lediglich zwei Lesungen benötigt. Das heißt, dass die **Abstimmung** in zweiter Lesung **bis zur Abstimmung des Haushaltsgesetzentwurfes in dritter Lesung zurückgestellt** wird.

An diese Bemerkungen anschließend rufe ich den nächsten Einzelplan auf:

Einzelplan 03 Ministerium des Innern

Zu diesem Einzelplan gibt es eine Beschlussempfehlung und einen Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses mit der Drucksache 17/4403. Ich eröffne die Aussprache, und als erster Redner hat Herr Kollege Ganzke von der SPD-Fraktion das Wort.

Hartmut Ganzke (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befassen uns heute mit der Lesung des Haushalts aus dem Bereich des Inneren.

Dazu möchte ich anmerken – das habe ich bereits im letzten Jahr bei den Haushaltsplanberatungen gesagt –: Das ist ein Haushalt über ein Ministerium, das einst größer gewesen ist. Durch den Abgang von einigen Abteilungen, gerade im Bereich des Kommunalen, ist es nur noch ein Innenministerium, das schwerpunktmäßig die Sachen behandelt, die im Bereich der Polizei, aber auch im Bereich der Feuerwehr angesiedelt sind.

Wir haben im Innenausschuss die entsprechenden Haushaltsplanberatungen geführt. Seitens der SPD-Fraktion hatten wir dabei so manches Mal den Eindruck, dass gerade die regierungstragenden Fraktionen nicht in erster Linie den Innenbereich beraten haben; vielmehr lag der Schwerpunkt eher im Verteidigungshaushalt oder im Wehretat. Ich will Ihnen begründen, warum ich das so sehe.

Oftmals war es so, dass gerade die Redner der regierungstragenden Fraktionen im Innenausschuss sagten: Endlich – nämlich seitdem wir die Regierung übernommen haben – ist die Polizei in der Lage, durch technische Möglichkeiten so zu agieren, wie sie vorher nicht agieren konnte. Seitdem wir an der Regierung sind, sorgen wir für die Technik, sodass unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte endlich agieren können.

Da kann ich nur entgegnen: Das war nie so, und das ist auch jetzt nicht so. Ich glaube, es ist viel wichtiger, in diesem Bereich darauf hinzuweisen, dass wir die Bürger in Uniform – unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie unsere Feuerwehrleute –, die für uns arbeiten, in die Lage versetzen, gut zu arbeiten. Da reicht nicht nur das Rufen nach neuer Technik, sondern das heißt auch: Wir müssen unterstützen, gerade die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie die ehrenamtliche Arbeit bei den Feuerwehren.

(Marc Lürbke [FDP]: Hätten Sie das mal gemacht!)

– Kollege Lürbke, es ist gut, dass Sie das sofort hier reinrufen. Ich glaube, dass die SPD-Landtagsfraktion in ihrer Regierungszeit – Sie werden jetzt wahrscheinlich lachen – den Kolleginnen und Kollegen Polizeibeamten und Feuerwehrleuten immer das notwendige Gerät an die Hand gegeben hat, damit sie ihre Arbeit durchführen können.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Das ist nicht erst geschehen, seitdem Sie an der Regierung sind. Das will ich Ihnen sagen. Es geht um die Frage, wie das Land und wie wir als Gesetzgeber

unsere Bürger in Uniform ausstatten und in die Lage versetzen, für die in NRW lebenden Menschen zu arbeiten und für sie da zu sein.

Kollege Lürbke, auch Sie waren in der vergangenen Legislaturperiode Mitglied im Innenausschuss. Da waren die damaligen regierungstragenden Fraktionen diejenigen, die dafür eingetreten sind, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen Dienst erwarten konnten.

Lassen Sie mich außerdem sagen: Ich weiß nicht, was gleich noch von Ihnen kommen wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist auch viel Wahlkampfrhetorik. Die technische Ausstattung ist jedoch nicht der Hauptpunkt in diesem Bereich.

(Marc Lürbke [FDP]: Ja, eben!)

Das kann auch nicht der Hauptpunkt sein. Deshalb glaube ich: Die Ausstattung versetzt die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zwar in die Lage, ihre Arbeit zu verrichten; es ist aber noch viel wichtiger, dass wir mit diesem Haushalt auch ein entsprechendes Signal aussenden, dass wir diejenigen, die für uns arbeiten, in die Lage versetzen, gut zu arbeiten. Es kommt primär darauf an, dass gerade die Bürger in Uniform eine bestimmte innere Einstellung haben, wenn sie für uns arbeiten. Diese Einstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Polizistinnen und Polizisten ist vorhanden. Genau das muss eine Regierung zuvorderst unterstützen.

Daher müssen wir im Haushaltsbereich viel mehr Mittel in die Bereiche Aus-, Fort- und Weiterbildung stecken. Daran fehlt es; das fehlt auch in dem vorgelegten Haushaltsentwurf. Das kann für diesen Bereich nicht alles gewesen sein. Wir hätten uns gerade im Bereich der Ausbildung, der Fortbildung und der Weiterbildung einen größeren Mitteleinsatz gewünscht. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Regierung ein Zeichen dafür setzt, dass diejenigen, die für uns arbeiten, weitergebildet werden.

Ich möchte aber auch etwas in diesem Haushaltsentwurf benennen, das gut ist. Gut ist nämlich, dass das Innenministerium – ebenso wie wir im Innenausschuss – die guten Projekte, die wir seinerzeit eingeführt haben, weiterführt. Allen voran ist da das Projekt Wegweiser zu nennen, das von dieser Regierung weitergeführt wird, auch mit der Einrichtung neuer Stellen bzw. neuer Standorte. Das ist wirklich positiv zu bewerten.

Sehr positiv zu sehen ist auch, dass diese Regierung die Kampagnen bei den Feuerwehren weiterführt, vor allem im ehrenamtlichen Bereich. Auch hier sollten wir gemeinsam weiterarbeiten. Als die SPD einen entsprechenden Antrag im Innenausschuss gestellt hat, mussten wir aber leider feststellen, dass die regierungstragenden Fraktionen unseren Antrag auf Erhöhung der Mittel im Bereich der Kinderfeuerweh-

ren abgelehnt haben. Wir hätten uns sehr gewünscht, dass dort noch ein bisschen nachgebessert wird.

Wir alle wissen, dass für die Haushaltsplanberatungen ein Grundsatz der wichtigste ist, nämlich der Grundsatz der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Im Bereich des Inneren diskutieren wir zurzeit das Polizeigesetz, das auf der Agenda steht und möglicherweise im Dezember verabschiedet wird. Unserer Ansicht nach ist es wichtig, dass man im Zusammenhang mit dem Polizeigesetz richtige Ansätze vorgibt. Diese Ansätze müssen die Aspekte beinhalten, die in dem zu verabschiedenden Polizeigesetz indiziert sind.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Wir sprechen über den Unterbindungsgewahrsam. Wenn wir schon darüber sprechen, dann muss aber auch klar sein, dass dieser Unterbindungsgewahrsam irgendwo durchgeführt werden kann. In all unseren Gesprächen mit Praktikern vor Ort wurde uns immer gesagt: In der normalen Polizeiwache kann ein Unterbindungsgewahrsam auf keinen Fall durchgeführt werden.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Daher müssen andere Möglichkeiten gefunden werden, damit das Ganze überhaupt realisiert werden kann. Wir von der SPD-Fraktion sind der Meinung, dass wir Mittel in den Haushalt stellen müssen, um diesen Gewahrsam zu hinterlegen. Das fehlt in dem vorgelegten Haushaltsentwurf vollkommen. Wir müssen die Mittel zum Bau von Gebäuden für den Gewahrsam einstellen, die bislang noch nicht vorhanden sind. Das fehlt, was die Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit angeht.

(Beifall von der SPD)

Nicht nur der Bereich des Gewahrsams ist sehr wichtig. Wenn wir es ernst damit meinen, ein neues Polizeigesetz zu verabschieden, dann bedeutet das auch einen großen Anteil an Weiterbildungsbedarf und Fortbildungsbedarf für diejenigen Menschen, die zurzeit und in nächster Zeit mit dem Polizeigesetz arbeiten müssen.

Auch in diesem Bereich – es tut uns leid – fehlt einiges im vorliegenden Haushaltsplanentwurf; es sind keine entsprechenden Mittel eingestellt worden. Vor diesem Hintergrund müssen wir den Haushaltsplanentwurf ablehnen.

(Marc Lürbke [FDP]: Deswegen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen, da gleich von Ihnen wahrscheinlich das Argument vorgetragen wird, die SPD als solche lehne den Haushaltsplanentwurf einfach ab, will ich eines klarstellen: Diese Ablehnung ist kein Zeichen dafür, dass wir die Arbeit der Menschen kritisie-

ren, die als Bürger in Uniform für uns, für die Menschen in Nordrhein-Westfalen, arbeiten; geschweige denn lehnen wir ihn ab. Es war und ist immer die Maxime der SPD-Landtagsfraktion, die Arbeit gerade derjenigen Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen, die für uns als Bürger in Uniform arbeiten.

Wir werden den vorgelegten Gesetzentwurf jedenfalls ablehnen. – Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ganzke. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Dr. Katzidis.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter Kollege Ganzke, ich bin schon fasziniert davon, dass Sie zum Einstieg wieder mit der alten Leier der Ressortzuschnitte gekommen sind, die mit dem Haushalt wesentlich nichts zu tun haben. Sie haben auch sehr lange zum Polizeigesetz ausgeführt. Auch das hat nicht primär etwas mit dem Haushalt zu tun.

Ebenfalls faszinierend ist es, dass Sie mit den Kinderfeuerwehren und der Aus- und Fortbildung die Zipfel gesucht haben, die Sie überhaupt kritisieren können. Dazu sage ich gleich noch etwas.

Wir halten das, was wir im Wahlkampf versprochen haben, und zwar eins zu eins.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die innere Sicherheit war im Wahlkampf eines der entscheidenden und wichtigen Themen, und es ist auch jetzt in der Regierungsarbeit das entscheidende Thema. Das wird auch in den Haushaltsdebatten mehr als deutlich. Wir liefern das, was wir im Wahlkampf versprochen haben.

Mit dem Haushalt 2019 steigern wir zum zweiten Mal in Folge den Etat. Wir haben den Haushalt im letzten Jahr inklusive Nachtragshaushalt um ca. 167 Millionen Euro auf 5,5 Milliarden Euro gesteigert. Wir steigern jetzt um 290 Millionen Euro auf 5,8 Milliarden Euro.

Wir kümmern uns um die größten Baustellen, die von der linken Opposition zu ihrer damaligen Regierungszeit sträflich vernachlässigt worden sind, und das so einiges, Herr Kollege Ganzke. Sie haben zwar behauptet, Sie hätten vieles getan, aber ohne – gerade im IT- oder Technikbereich – ganz konkret zu benennen, was Sie denn getan haben. Das war nämlich gar nicht viel. Da müssten wir schon suchen. Ich sage gleich noch etwas dazu.

Fangen wir mit der personellen Situation an. Wir haben sofort die Einstellungszahlen von 2.000 auf

2.300 erhöht. Wir erhöhen jetzt noch einmal von 2.300 auf 2.400. Leider ist die problematische Personalsituation bei der Polizei nicht von heute auf morgen zu lösen, weil die Ausbildung drei Jahre dauert und somit die Auswirkungen erst 2020 und in den Folgejahren zu spüren sind. Deshalb kompensieren wir mit den 500 Stellen für Regierungsbeschäftigte, auch Polizeiverwaltungsassistenten genannt.

Wir schaffen insgesamt – wenn man sich anschaut, was wir über diese Wahlperiode personell alles tun – einen Zuwachs von ca. 10 % allein im polizeilichen Bereich – Regierungsbeschäftigte und Polizistinnen und Polizisten zusammengerechnet.

Wir haben auch im Bereich der Aus- und Fortbildung – Sie haben ausgeführt, wir würden da nichts tun – zusätzliche Stellen geschaffen, gerade vor dem Hintergrund, dass wir die Zahl der Stellen für Anwärterinnen und Anwärter gesteigert haben. Es wird auch zusätzliche Stellen im LAFP bei den Lehrenden geben. Auch da ist einiges getan worden; auch darauf haben wir den Fokus gelegt. Zudem haben wir neue Stellen für Spezialisten bei der Polizei geschaffen, Stichwort: Cyberkriminalität, IT-Forensik und anderes.

Nicht nur in Sachen „Personal“ tun wir also etwas, sondern auch und vor allem in dem immer wichtiger werdenden IT-Bereich. Dort steigern wir den Haushalt um knapp 13 Millionen Euro, insbesondere für die Infrastruktur zur Bekämpfung der Cyberkriminalität, aber auch für mobile Endgeräte in Streifenwagen.

Herr Ganzke, damit komme ich zu Ihrer Aussage von eben, Sie hätten im Technikbereich einiges getan. Wenn ich mir allerdings die Situation in Nordrhein-Westfalen anschau – einem der größten Bundesländer und dem Bundesland mit der größten Polizeiorganisation – und sehe, dass unsere Polizistinnen und Polizisten im Jahr 2018 in den Streifenwagen überwiegend noch Notizblöcke benutzen, dann muss ich feststellen, dass Sie einiges sträflich vernachlässigt haben. Das holen wir jetzt auf.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch bei der Auswertung von Massendaten – das hat sich auch im Fall „Amri“ gezeigt – gibt es großen Nachholbedarf. Insbesondere hinsichtlich der Videobeobachtung im öffentlichen Raum, wofür wir mit dem Polizeigesetz eine Ausweitung schaffen wollen, werden wir in Zukunft entsprechend investieren, weil sich die Bürgerinnen und Bürger draußen auf der Straße belastet fühlen.

Darüber hinaus haben wir auch in den Fuhrpark investiert und werden weiter investieren, Stichwort: „Streifenwagen“. Dazu hat es genug Pressemitteilungen gegeben. Wir werden auch weiterhin Spezialfahrzeuge für die technischen Einheiten der

Hundertschaften und für die neuen Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften anschaffen, die wir in Nordrhein-Westfalen einrichten. Damit wollen wir als einziges Bundesland, das diese Einheiten bislang nicht hatte, nachziehen und endlich vom 18. Platz runterkommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

15 Millionen Euro gehen in die persönliche Ausstattung der Polizistinnen und Polizisten für Außentragehüllen und ballistische Schutzhelme. Wir haben über 300 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen für die Sanierung von Liegenschaften angesetzt. – Wir tun also im polizeilichen Bereich sehr viel und haben den Etat zweimal gesteigert.

Gleiches gilt für den Verfassungsschutz, für den wir bereits im Nachtragshaushalt 2017 einige neue Stellen geschaffen haben. Frau Düker hat unter anderem den Aufwuchs von Stellen im Ministerium gerügt. Davon sind jedoch einige Stellen im Bereich der Polizei und vor allem im Verfassungsschutz angesiedelt. Dass Sie das aber nicht wollen, ist klar. Auch an Ihren Änderungsanträgen wird deutlich, dass Sie in dieser Hinsicht eher weniger wollen.

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

Sie wollen immer nur Prävention. Deswegen hat Herr Ganzke das Projekt Wegweiser als eines der ganz wenigen Dinge herausgestellt. Aber man kann nicht alles mit Prävention regeln; man muss manches auch mit Repression regeln. Die Nulltoleranzpolitik, die wir seit anderthalb Jahren in Nordrhein-Westfalen fahren, wirkt schon sehr deutlich. Darauf muss man auch den Fokus legen.

(Beifall von der CDU – Monika Düker [GRÜNE]: Ach, es gibt keine Kriminalität mehr?)

– Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, Frau Düker, haben Sie gerade gesagt, es gibt keine Kriminalität mehr. War das korrekt?

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Es gibt keine Kriminalität mehr. – Erstens. Die Polizeiliche Kriminalstatistik – auch wenn die Zahlen rückläufig sind – ist nur eine Hellfeldstatistik.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ach wirklich? Da sagen Sie mal was ganz Neues!)

Wir wissen gar nicht, was im Dunkelfeld tatsächlich alles passiert.

Zweitens gibt es sehr wohl problematische Bereiche. Ich möchte nur zwei nennen. Das ist zum einen die Clankriminalität, gegen die Sie in der Vergangenheit gar nichts unternommen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das sind zum anderen osteuropäische organisierte Täterbanden, weshalb wir die strategische Forderung im Polizeigesetz wollen, um da den Kontrolldruck zu erhöhen. Also, auch da tun wir einiges.

(Beifall von der CDU)

Herr Ganzke hat die Feuerwehren angesprochen. Auch da tun wir etwas, obwohl wir die Anträge von SPD und Grünen zu den Kinderfeuerwehren abgelehnt haben, weil die Forderung sachlich nicht notwendig ist. Die bereitgestellten Mittel werden derzeit gar nicht in Gänze abgerufen. Insofern sehen wir jetzt nicht die Notwendigkeit einer Erhöhung.

Wir erhöhen die Investitionspauschale auf 38 Millionen Euro und schaffen zum zweiten Mal in Folge neue Stellen beim Institut der Feuerwehr. Auch da tun wir also einiges, und wir reduzieren keineswegs in irgendeiner Form.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Kommen wir kurz zu den eingegangenen Änderungsanträgen – sowohl von der linken als auch von der rechten Opposition.

Die populistischen Anträge der linken Opposition – Stichwort: Kinderfeuerwehren – haben wir gerade schon dargestellt. Diesen Ansatz hätten Sie früher, zu Ihrer Regierungszeit, sehr wohl selber schon erhöhen können, wenn Sie es tatsächlich gewollt hätten. Jetzt erst – obwohl sachlich nicht notwendig, weil die Mittel nicht abgerufen werden – kommen die Anträge. Das ist ein Stück weit Populismus.

Bei den Änderungsanträgen der Grünen ist sehr auffällig, dass man bei Ihnen geradezu von einer Polizeifeindlichkeit sprechen muss.

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

Sie wollen in diesem Bereich alles reduzieren. Sie wollen keine Videobeobachtung im öffentlichen Raum; Sie wollen keine Bodycams; Sie wollen keine elektronische Aufenthaltsüberwachung für Terroristen, potenzielle Gefährder, Sexualstraftäter und Stalker. Denken Sie doch auch mal an die Opfer von Straftaten, verehrte Damen und Herren von den Grünen!

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

– Mit den Grünen?

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

– Das brauchen wir hier in Nordrhein-Westfalen nicht. Wir haben eine sehr stabile und gut funktionierende NRW-Koalition aus Schwarz und Gelb, die noch sehr lange Bestand haben wird.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die Bezüge der Polizei und die Anträge der rechten Opposition sind in diesem Zusammenhang auch nichts Neues. Die Forderung nach Zulagen für die Bereitschaftspolizei haben Sie schon letztes Jahr eingebracht.

Natürlich – das sehe ich auch so – muss man über die Zulagen insgesamt nachdenken. Bevor man aber über einzelne Zulagen nachdenkt, muss man insgesamt die Funktionsbewertung der nordrhein-westfälischen Polizei überprüfen. Die letzte Funktionsbewertung ist über 20 Jahre her; sie war in den 90er-Jahren. Wir brauchen eine Neubewertung der Funktionen innerhalb der Polizei.

Dazu gehören aber nicht nur einzelne Bereiche. Was ist mit den Tutorinnen und Tutoren? Die Belastungen im Einzeldienst sind auch nicht viel geringer als bei den Bereitschaftspolizeien. Insofern muss man umfassend denken und darf sich nicht nur einzelne Bereiche herauspicken und Forderungen aufstellen. Das halten wir nicht für sachgerecht.

Insofern haben wir den Antrag abgelehnt. Sie werden ihn wahrscheinlich im nächsten Jahr wieder einbringen, und wir werden ihn auch dann wieder ablehnen.

Alle Anträge, die wir gestellt haben, sind erfreulicherweise auch mit Ihren Stimmen – herzlichen Dank! – angenommen worden. Das zeigt, dass Sie die Anträge mit unterstützen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Dr. Katzidis, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Strotebeck würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Sehr gerne.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Bitte schön.

Herbert Strotebeck (AfD): Herr Dr. Katzidis, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie monieren gerade, dass wir den Antrag im letzten Jahr eingebracht und in diesem Jahr wieder gestellt haben und ihn nächstes Jahr wahrscheinlich wieder stellen werden. – Darauf können Sie sich verlassen.

Ich hatte in meiner Rede aber auch darauf hingewiesen, dass die Polizeigewerkschaft bereits seit 2010 eine Änderung des Zulagenwesens fordert. Das heißt, das war unter Rot-Rot, wie Herr Witzel das bezeichnet, und jetzt haben wir es unter Schwarz-Gelb. Es ist doch so: Was soll es denn bringen, Anträge einfach nur abzulehnen? Wenn Sie das Zulagenwesen insgesamt verändern wollen – okay. Aber wann gedenken Sie denn in diese Richtung tätig zu werden?

(Beifall von der AfD)

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Herr Kollege Strotebeck, ich habe gerade eine Vielzahl von Maßnahmen dargestellt, die wir durchführen. Die nordrhein-westfälische Polizei ist im Moment enorm belastet, gerade wegen der angespannten personellen Situation. Da haben wir Konsens. – Sie nicken auch.

Wir finden nicht, dass man alles mit der Gießkanne ausschütten und alles von heute auf morgen erledigen muss. Das, was in den letzten sieben Jahren vor dem Regierungswechsel vernachlässigt worden ist, können wir auch noch zu einem späteren Zeitpunkt durchführen.

Noch einmal: Entscheidend ist, dass es zunächst eine Gesamtbewertung geben muss. Man muss auch beachten, wie es im Streifendienst aussieht. Die Tutorinnen und Tutoren habe ich eben angesprochen. Es gibt auch andere Funktionen wie Einsatztrainerinnen und Einsatztrainer. Sich einzelne Bereiche herauszupicken, halte ich für die Diskussion innerhalb der Organisation nicht für förderlich. Da sollte zunächst eine Bewertung stattfinden.

Insofern werden wir das sicherlich zukünftig noch diskutieren. Im Moment aber steht es nicht primär auf der Agenda, weil wir erst mal die problematische personelle Situation, die problematische technische Situation und die problematische Situation bei den Liegenschaften bereinigen wollen, um uns dann mit weiteren Themen zu beschäftigen.

Ich komme zu den drei Anträgen zurück. Vorhin hatte ich gesagt, dass unsere Anträge allesamt mit Unterstützung der Opposition angenommen worden sind – noch mal herzlichen Dank dafür –, bis auf den Antrag auf Bereitstellung eines Spurensicherungssets, bei dem sich die SPD enthalten hat. Das fand ich sehr schade, weil dieses Set in besonderem Maße eine Stärkung des Opferschutzes bedeutet. Das kann ich in der Sache nicht ganz nachvollziehen.

Insgesamt ist der Einzelplan 03 sehr ausgewogen. Wir verzeichnen eine erneute Steigerung, und ich glaube, wir sind mit den von uns, den regierungstragenden Fraktionen, eingebrachten Änderungsanträgen, die auch Beschlusslage sind, auf einem sehr guten Weg, die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen zukünftig weiter zu steigern. Die Menschen draußen auf der Straße haben das schon gespürt. Wir werden diesen Weg weitergehen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Katzidis. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Katzidis, Herr

Reul, die 100 zusätzlichen Stellen bei der Polizei begrüßen wir ausdrücklich; das habe ich bereits im Innenausschuss gesagt. Sie setzen damit eine Linie fort, die wir unter Rot-Grün begonnen haben. Es ist, gerade wenn mehr Geld zur Verfügung steht, nur richtig, das weiterzuführen. Insofern haben Sie hier die Unterstützung der Grünen.

Hierzu haben wir, Herr Katzidis, keine Änderungsanträge gestellt, wie Sie das gerade sehr unredlich dargestellt haben. Wir haben Änderungsanträge gestellt, aber sicherlich nicht zu den 100 Stellen – ganz im Gegenteil, diese begrüßen wir.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch dass Sie 500 Regierungsbeschäftigte einstellen wollen, halte ich für eine gute Idee. Das haben wir im Ausschuss immer so kommuniziert. Nur finde ich es immer lustig, wenn Sie sich dafür hier loben. Wir haben mal nachgefragt, wie viele davon im letzten Jahr eingestellt worden sind. Bis zum 01.10.2018 waren gerade einmal 370 Stellenäquivalente besetzt.

(Zurufe von der CDU – Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Ja, Herr Katzidis, auch das gehört zur Wahrheit, wenn man hier über die Schaffung von 500 neuen Stellen spricht. Wenn sie nicht besetzt sind, sind sie nicht da und helfen der Polizei auch nicht. Ich finde, das muss man hier richtigerweise darstellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und weil Sie auf die Abgänge infolge von Pensionierungen hingewiesen haben: Ja, genau das ist das Problem.

Ja, wir haben bei der Polizei eine hohe Zahl von Abgängen durch Pensionierung, weshalb da ein Loch entstanden ist und weshalb wir auch in der rot-grünen Regierungszeit mehr Personen eingestellt haben. Worauf ist dieses Loch denn zurückzuführen? Das geht auf die schwarz-gelbe Regierungszeit von 2005 bis 2010 zurück.

(Beifall von den GRÜNEN)

In dieser Zeit haben Sie nämlich weniger Personal eingestellt; da sind die jetzigen Lücken durch Pensionierung entstanden. Das ist doch genau das Problem, vor dem wir stehen.

Ich will aber auch noch einmal – ich finde, dazu eignet sich eine Haushaltsdebatte sehr gut – ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Schäffer, Entschuldigung, dass ich Sie jetzt unterbreche. Herr Dr. Katzidis würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Bitte.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Frau Kollegin Schäffer, ist es nicht zutreffend, dass von 2003 auf 2004 die Einstellungszahlen von 1.090 jährlich auf 500 reduziert worden sind? Und ist es nicht zutreffend, dass in der Zeit von Ministerpräsident Rüttgers die Einstellungszahlen von 500 auf 1.100 erhöht worden sind? Ist das zutreffend oder ist das nicht zutreffend?

(Beifall von der CDU)

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Herr Katzidis, schauen Sie sich bitte noch einmal die Berechnungen an, über die wir im Innenausschuss bereits diskutiert haben.

(Dr. Christos Georg Katzidis [CDU]: Ist es zutreffend? Ja oder nein?)

– Es ist so, dass zwischen 2005 und 2010 weniger eingestellt wurde. Dadurch ist ein Defizit entstanden. Auch ist es richtig, dass davor schon unter Rot-Grün die Zahlen reduziert wurden. Das geschah aber in Verbindung mit der Erhöhung der Arbeitszeit. Das heißt, dass die zur Verfügung stehende Stundenanzahl der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten unter Rot-Grün gleichgeblieben ist. Sie müssen das ins Verhältnis zu den Arbeitsstunden setzen, die damals geleistet wurden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die sind erhöht worden. Insofern gab es da keine Reduzierung.

Unter Schwarz-Gelb aber ist damals die Zahl der Einstellungen bei der Polizei abgesenkt worden. Deshalb haben wir dieses – ich nenne es einmal so – Pensionsloch. Das können Sie in allen dem Innenministerium vorliegenden Berechnungen noch mal nachlesen, Herr Katzidis. Wenn Sie das machen, werden Sie sicherlich zum selben Ergebnis kommen wie ich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte die Haushaltsdebatte gerne nutzen, um den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie den Einsatzkräften bei Feuerwehr und Bevölkerungsschutz – vor allem die Menschen beim Bevölkerungsschutz arbeiten dort ehrenamtlich – auch von grüner Seite herzlichen Dank zu sagen.

Ich finde, es gehört sich so, zum Ende des Jahres denjenigen einen Dank auszusprechen, die immer zur Verfügung stehen und auch dann im Einsatz sind, wenn wir unter dem Weihnachtsbaum sitzen oder am Wochenende bei der Familie sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich komme auf den Haushalt zurück: Der Haushaltsentwurf zeichnet die politische Linie von Schwarz-Gelb nach. Sie wollen hier in zwei Wochen das Poli-

zeigesetz verabschieden. Die Mittel für die Umsetzung dieses Gesetzes stellen Sie – natürlich ist das konsequent – in dem hier zur Diskussion stehenden Haushalt zur Verfügung. Darauf beziehen sich übrigens unsere Änderungsanträge, Herr Katzidis. Wenn Sie hier am Rednerpult redlich gewesen wären, hätten Sie das auch so gesagt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unsere Haushaltsänderungsanträge beziehen sich genau auf die Mittel, die für die Umsetzung des Polizeigesetzes, welches wir in erheblichem Umfang kritisieren, gebraucht werden. Ich gehe gerne auf die einzelnen Punkte ein:

Stichwort: „Bodycams“: Sie haben gerade gesagt, dass Sie beschließen wollen, im Haushalt 4,5 Millionen Euro zur Beschaffung von 4.200 Bodycams bereitzustellen. Dabei ist noch nicht einmal die Evaluation fertig. Der Innenminister konnte auf meine Nachfrage im Innenausschuss die Frage nicht beantworten, wie die 4.200 Geräte auf die Kreispolizeibehörden verteilt werden sollen. Dafür gibt es überhaupt keine Planung.

Ich will noch einmal auf den Zwischenbericht zu den Bodycams hinweisen. Dieser kommt zu dem Ergebnis, dass es durchaus sein kann, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die Bodycams tragen, im Vergleich zu solchen ohne Bodycams häufiger Opfer von Angriffen werden. Solche Ergebnisse müssen wir doch ernst nehmen. Wir alle haben doch dasselbe Ziel, nämlich die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten schützen zu wollen.

(Zuruf von der CDU)

In der rot-grünen Regierungszeit haben wir die Rechtsgrundlage für Bodycams geschaffen. Auch wir wollen diese Bodycams; aber wir wollen sie nur, wenn sie wirklich für Sicherheit sorgen. Alles andere wäre doch kontraproduktiv. Das kann doch keiner wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb bin ich der Meinung, Herr Golland, dass wir die Evaluation abwarten müssen. Dass Sie von Schwarz-Gelb nicht wirklich Interesse an Evaluationen haben, sehen wir gerade beim Tierschutz-Verbandsklagerecht. Ich finde das sehr bedauerlich. Politik sollte, wie ich finde, nicht auf der Grundlage von Bauchgefühl gemacht werden.

Vielmehr brauchen wir, bevor wir solche Mittel einführen, diese Evaluation und wissenschaftliche Erkenntnisse, weil Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wirklich geschützt werden sollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Stichwort: „Ausweitung der Videobeobachtung“: Dafür sehen Sie 2 Millionen Euro vor. Die bisherige Regelung des § 15a Polizeigesetz tragen wir als Grüne

mit. Er entstammt der Zeit rot-grüner Regierungsverantwortung. Wir haben auch die Verlängerung im Sommer dieses Jahres mitbeschlossen, weil wir § 15a mit den gegebenen Voraussetzungen richtig finden.

Sie planen jetzt aber mit dem neuen Polizeigesetz eine Ausweitung, die von Sachverständigen in der Anhörung als „uferlos“ bezeichnet wurde. Ich sehe das genauso; denn die geplante Gesetzesänderung sieht im Prinzip vor, dass man an allen Orten in Nordrhein-Westfalen eine polizeiliche Videobeobachtung durchführen kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist aus unserer Sicht nicht mehr verhältnismäßig. Deshalb haben wir hierzu unseren Änderungsantrag auf Reduzierung der Mittel gestellt.

Stichwort: „Fußfessel“. Sie wollen im Haushaltsplan 1,1 Millionen Euro für die elektronische Aufenthaltsüberwachung festschreiben und dem Innenministerium zur Verfügung stellen. – Auch die Fußfessel stellt einen tiefen Eingriff in unsere Grundrechte dar. Sie soll schon bei Personen angewandt werden, die noch gar keine Straftaten begangen haben, wo wir uns also weit im Vorfeld von Straftaten bewegen.

Wir sprechen dabei über eine Prognose dahingehend, ob möglicherweise irgendwann – in einem überschaubaren Zeitraum – Straftaten passieren könnten. Genau so unkonkret ist es in Ihrem Gesetzentwurf formuliert worden. Die Effektivität ist nicht gesichert. Wir sind uns sogar einig darüber, Herr Reul, dass man mit keiner Fußfessel der Welt einen Terroranschlag verhindern können.

Ich will noch auf eines hinweisen, Herr Reul: Heute steht in der „Süddeutschen Zeitung“ ein Interview von Ihnen. Das war das Erste, was ich heute Morgen gelesen habe. Ich würde gerne daraus zitieren:

„Der Verfassungsschutz hat nachrichtendienstliche Mittel, ... die Polizei nicht. Dafür hat die Polizei exekutive Befugnisse, die der Verfassungsschutz nicht. Das ist ein gut ausbalanciertes System.“

Das leiten Sie dann auch noch historisch her; denn das Trennungsgebot in Hinblick auf Polizei und Verfassungsschutz ist unter Berücksichtigung der deutschen Geschichte eingeführt worden. Es ist aus meiner Sicht auch richtig und gut, dass wir dieses Trennungsgebot haben.

Herr Reul, es ist nur so: Mit diesem Polizeigesetz weichen Sie das auf historischen Gründen beruhende Trennungsgebot auf.

Das ist der Fall, wenn Sie der Polizei in Zukunft Befugnisse geben, mit denen sie schon weit im Vorfeld tätig werden kann. Das betrifft die Beobachtung von Bestrebungen bestimmter Gruppierungen bzw. Personen, die noch gar keine Straftaten begangen und

diese noch nicht einmal geplant haben. Diese Beobachtung wäre demnach schon dann möglich, wenn es lediglich eine Prognose gibt, dass diese Gruppen bzw. Personen irgendwann Straftaten begehen könnten. Eine solche Beobachtung aber ist Aufgabe des Verfassungsschutzes. Damit weichen Sie das Trennungsgebot auf.

Wenn Sie das, was Sie im heute veröffentlichten Interview der „Süddeutschen Zeitung“ gesagt haben, wirklich ernst nehmen würden, Herr Reul, müssten Sie konsequenterweise das Polizeigesetz in dieser Form zurücknehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihr Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ macht noch einmal ganz deutlich: Offenbar – das wurde auch schon in der Anhörung zum Polizeigesetz von einem Sachverständigen so benannt – ist hier die Reform des Verfassungsschutzes geplant. Sie wollen die ganze Bandbreite beobachten. Dazu, Herr Reul, möchte ich Ihnen nur eines sagen: Wenn Sie das machen, dann leiten Sie einen Paradigmenwechsel beim Verfassungsschutz ein.

Wir haben nach der Aufdeckung des NSU hier wie auch in allen anderen deutschen Parlamenten sehr intensiv darüber diskutiert, welche Aufgaben der Verfassungsschutz haben soll und haben darf. Danach haben wir 2013 die Reform des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen vollzogen. Diese war Vorbild für viele andere Gesetze in anderen Bundesländern.

Wir haben damals betont, den Verfassungsschutz auf die wirklich gewaltbereiten, gewaltbefürwortenden und verfassungsfeindlichen Bestrebungen, Gruppierungen und Bewegungen konzentrieren zu wollen. Wenn Sie das jetzt aufweichen wollen, dann nehmen Sie hier einen Paradigmenwechsel vor.

Herr Reul, Sie haben es bislang nach eineinhalb Jahren im Regierungsamt noch nicht einmal geschafft, die Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses in Nordrhein-Westfalen umzusetzen. Wenn Sie jetzt anfangen, schon wieder an neuen Gesetzen zu schrauben, dann finde ich das wirklich unhaltbar. Fangen Sie erst einmal damit an, die Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses umzusetzen. Ich glaube, dann wären wir in Nordrhein-Westfalen in der Terrorismusbekämpfung ein ganzes Stück weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Lürbke.

Marc Lürbke³⁾ (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal hört man ja,

dass es heutzutage kaum noch erkennbare Unterschiede zwischen den Parteien gäbe und alles nur eine Art Einheitsbrei sei. Das ist natürlich Humbug. Jeder, der ernsthaft unsere teils lebhaften Debatten hier im Haus verfolgt, der weiß, dass die Fraktionen unterschiedliche Positionen haben und – wie sich das in einer Demokratie gehört – auch dafür eintreten und streiten.

Ich finde, dass diese Unterschiede besonders deutlich werden, wenn man sich den Einzelplan 03 und die innenpolitische Leitlinie der schwarz-gelben Landesregierung im Gegensatz zum Handeln der rot-grünen Vorgängerregierung anschaut. Denn für uns hat innere Sicherheit – ähnlich wie Bildung und Digitalisierung – wirklich Priorität. Das zeichnet sich auch in diesem Haushalt ab.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Schwarz-Gelb verschließt nicht die Augen, zuckt nicht mit den Schultern nach dem Motto: „Na ja, das wird schon irgendwie“, sondern wir unterstützen unsere Sicherheitsbehörden massiv im Kampf gegen Kriminalität und Terror – das ist auch dringend notwendig – mit spürbar mehr Personal, besserer technischer Ausstattung und – das klingt mehrfach an – auch mit dem passenden rechtlichen Handwerkszeug: Einklang von Freiheit und Sicherheit.

Damit stärken wir unserer Polizei und dem Verfassungsschutz endlich so den Rücken, wie es dringend erforderlich ist und unsere Beamtinnen und Beamten es auch verdient haben. Will sagen: Diese Landesregierung macht ihre Hausaufgaben.

Wir investieren weiter glasklar in die innere Sicherheit, und das sogar mit neuen Schulden. Das ist übrigens auch ein Unterschied zur Vorgängerregierung. Dass es hier eine gewaltige Veränderung seit dem Regierungswechsel gibt, sieht man schon an den nackten Zahlen. Nicht nur, dass das Volumen des letzten Haushalts aufgrund der von uns vorgenommenen Ansatzserhöhungen schon massiv gewachsen ist – in diesem Jahr steigt zudem der Gesamtansatz des Einzelplans 03 mit noch einmal 290 Millionen Euro mehr von 5,5 Milliarden Euro auf 5,8 Milliarden Euro. Das sind Größenordnungen, die unter Rot-Grün völlig illusorisch waren.

Herr Ganzke, ich weiß, dass das den einen oder anderen Sozialdemokraten durchaus schmerzen mag, weil man sich insgeheim vielleicht gewünscht hätte, selbst mehr für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen zu tun, und wir jetzt die Unterstützung für die Polizistinnen und Polizisten auf den Weg bringen, die Sie sich möglicherweise gewünscht hätten, die aber mit den Grünen nicht möglich war.

Ich wäre sehr froh gewesen, wenn wir bei der inneren Sicherheit nicht derartige Baustellen vorgefunden hätten. Es ist jetzt unser Job, diese sofort zu schlie-

ßen. Das macht diese Landesregierung. Damit haben wir eine klare Linie, die sich im Haushalt abzeichnet.

Dazu zählt die Aufstockung des Personals. Wir schaffen 1.122 zusätzliche Stellen bei der Polizei, die wirklich dringend benötigt werden. Wir stellen 2.400 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter ein. Das sind so viele wie noch nie zuvor, also nochmal 100 Einstellungsermächtigungen mehr als im letzten Jahr. Noch einmal die Zahl: 2.400 – das ist richtig, das ist sogar richtig gut! Wir machen unsere Hausaufgaben.

Aber – das klang vorhin schon einmal durch –: Wir dürfen bei alledem nicht vergessen, dass damit erhebliche Anstrengungen in den Ausbildungsbehörden und Herausforderungen bei Ausbildern, Dozenten sowie Tutoren verbunden sind. Das ist, wenn man ehrlich ist, eine echte Herkulesaufgabe. Wir scheuen uns aber nicht davor und gehen sie an.

(Beifall von der FDP)

Hinzu kommen erneut 500 Regierungsbeschäftigte im Polizeidienst. Natürlich sind die Stellen noch nicht alle besetzt, aber wenn man ehrlich ist: Rot-Grün hat das mit den Regierungsbeschäftigten damals auch versucht und wollte mal 100, mal 200 einstellen. Tatsächlich hatten Sie diese Stellen sogar noch befristet. Wir mussten sie erst mal entfristen, damit sie überhaupt dauerhaft eingeplant werden konnten. Ihre Kritik geht daher völlig ins Leere. Ich bin sehr froh, dass wir die Regierungsbeschäftigten haben.

(Beifall von der FDP)

Wir bringen also nicht nur mehr Polizeibeamte auf die Straße, sondern wir entlasten sie vor allen Dingen von Verwaltungsaufgaben und verstärken gezielt mit fachlicher Expertise, beispielsweise im LKA. Denn eines ist klar: Die Herausforderungen im Zusammenhang mit Terror- und Kriminalitätsbekämpfung werden nicht von heute auf morgen weniger werden.

Wir dürfen auch keine neuen Aufgabenschwerpunkte wie Kleinkriminalität oder Cybercrime für die Sicherheitsbehörden definieren, wenn wir sie dafür nicht effektiv aufstellen, vor allen Dingen personell unterfüttern. Genau das machen wir. Wir verstärken mit Hunderten neuer Stellen im Tarifbereich, mit Spezialisten wie zum Beispiel Informatikern oder Finanzermittlern bei der Wirtschaftskriminalität.

Zur Wahrheit gehört auch: Personal und geeignete Bewerber, ganz gleich, ob Beamte oder Tarifbeschäftigte, sind keine unendliche Ressource, und wir stehen im Wettbewerb. Unsere Aufgabe muss es daher sein, den Job attraktiv zu halten und auch für die Zukunft attraktiv zu gestalten.

Dazu zählen neben der Frage, was am Ende im Portemonnaie landet, natürlich auch die Arbeitsbe-

dingungen. Dazu zählt der Respekt in der Öffentlichkeit, aber auch der Respekt des Dienstherrn, dokumentiert beispielsweise durch eine moderne und zeitgemäße Ausstattung. Das ist auch ein wichtiger Punkt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es hat auch etwas mit fehlendem Respekt zu tun, wenn eine Landesregierung den Beamten eine vernünftige Ausstattung verweigert oder die Modernisierung nur unzureichend auf den Weg bringt, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Da sind wir übrigens wieder bei den Unterschieden; denn diese Landesregierung, die von der Koalition von CDU und FDP getragen wird, stattet unsere Beamten endlich vernünftig und zeitgemäß für das Jahr 2018, für das 21. Jahrhundert, aus.

Deshalb stärken wir den Sachhaushalt im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 67,5 Millionen Euro. Ich will nur wenige Beispiele nennen. Vor allem geht es um die Funkstreifenwagen. Für 2019 stellen wir Haushaltsmittel für 800 neue Streifenwagen zur Verfügung.

Aber – da sind wir noch einmal bei den Unterschieden – im Unterschied zu Rot-Grün achten wir darauf, dass Modelle beschafft werden, die für die Praxis gemacht sind und den tatsächlichen Bedürfnissen der Polizeibeamten entsprechen, sodass beispielsweise die notwendige Ausstattung überhaupt mitgeführt werden kann.

Ein weiterer Unterschied ist, dass wir nicht von oben irgendeinen schicken Wagen verordnen, sondern die Praktiker in den Behörden fragen, was für ein Fahrzeug sie eigentlich brauchen. Denn sie wissen das am besten. Sie müssen täglich in dem Auto sitzen und damit arbeiten. Das ist genau der richtige Weg, wie man so etwas machen muss.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein anderes Beispiel: die persönliche Schutzausstattung, die Außentragehüllen für die Schutzwesten, die ballistischen Schutzhelme. Es ist doch die oberste Pflicht eines Dienstherrn, seine Beamten bestmöglich zu schützen. Auch das haben wir sofort in Angriff genommen.

Ein drittes Beispiel – Herr Dr. Katzidis hat eben schon darauf abgestellt – ist die Ausstattung mit digitaler Kommunikation. Wir haben da riesige Baustellen vorgefunden. Es kann nicht sein, dass dem digitalen Täter noch immer ein analoger Polizist gegenübersteht. 13,3 Millionen Euro investieren wir in die dringend notwendige Verbesserung der IT-Ausstattung. Das wird wirklich höchste Zeit.

Noch mehr Baustellen, die wir abbauen müssen – das sind im wahrsten Sinne des Wortes Baustellen –, haben wir im Bereich der Liegenschaften der Polizei hin-

terlassen bekommen. Marode Gebäude, veraltete Sanitäranlagen und komplett veraltetes Mobiliar sind dabei keine Seltenheit. Da sind wir übrigens auch wieder bei der Frage des Respekts, was die Arbeitsbedingungen für unsere Beamten betrifft.

Für die dringendsten Sanierungsmaßnahmen allein im Bereich der Polizei stehen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 250 Millionen Euro bereit. Wir sagen auch hier dem rot-grünen Sanierungstau in unseren Behörden endlich den Kampf an.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe jetzt mehrfach von Unterschieden und mehrfach von Respekt gesprochen. Deshalb möchte ich, ähnlich wie die Kollegin Schäffer – ich glaube, es ist guter Brauch, dies zum Ende des Jahres zu bekräftigen –, allen unseren Polizisten, allen unseren Feuerwehrleuten, allen unseren Rettungskräften, allen Einsatzkräften in Nordrhein-Westfalen noch einmal Danke für ihren schwierigen und fordernden Job sagen.

Sie rücken täglich aus, um Leben zu schützen, um Leben zu retten. Dabei halten sie – manchmal leider im wahrsten Sinne des Wortes – den Kopf für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung hin. Jeder dieser Angriffe ist ein Angriff auf unseren Rechtsstaat und auf unsere Werte.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das nehmen wir nicht nur nicht hin; vielmehr sollten wir meines Erachtens im Rahmen einer groß angelegten Öffentlichkeitskampagne für mehr Wertschätzung und mehr Solidarität werben. Ich bin sehr froh darüber, dass alle Fraktionen in diesem Haus unserem Änderungsantrag zugestimmt haben. Das ist ein richtiges Zeichen.

Unsere Einsatzkräfte brauchen nicht nur Respekt und Wertschätzung, sondern auch die Rückendeckung und die Unterstützung in den vielen von mir genannten Bereichen. Dem tragen wir mit diesem Haushaltsplan Rechnung. Nur so wird die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen gelingen. Das ist und bleibt unsere Linie. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Wagner das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Reul, nachdem Ihr Chef, Ministerpräsident Armin Laschet, niemanden in der CDU-Fraktion finden konnte oder wollte, den er für kompetent genug und

gleichzeitig ihm ergeben genug hielt, um ihn zum Minister des Innern zu berufen,

(Zurufe von der CDU)

kam er auf Sie – einen Mann, der noch nie wirklich mit Innenpolitik zu tun hatte. Das meine ich nicht als Vorwurf gegen Sie, Herr Reul. Aber es sagt viel über den Zustand der CDU hier im Land aus.

(Widerspruch von der CDU)

Für den neben der Schulpolitik wichtigsten Bereich, in dem die Landesregierung Akzente setzen kann, für das, was vor langer Zeit einmal Markenkern Ihrer Partei war, findet sich in der ganzen CDU-Fraktion niemand, der Innenminister kann. Das meinte jedenfalls Herr Laschet. Ich meine: Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall von der AfD)

Wenn wir schon über Armutszeugnisse reden: Nachdem die rot-grüne Vorgängerregierung auch und vor allem in der Innenpolitik eine derart unterirdische Nichtleistung erbracht hat, dass aus der Herzkammer der SPD die Herzstillstandskammer wurde, sind die Maßstäbe dafür, was man als Erfolg in der Innenpolitik bewertet, natürlich etwas verrutscht.

Sind Sie, Herr Reul, besser als die rot-grünen Totalversager? – Ja. Aber seien wir ehrlich: Das ist auch keine Kunst. Ich will Ihnen gerne zugestehen, dass Sie sich bewusst sind, warum SPD und Grüne die letzten Wahlen so haushoch verloren haben, und auch, dass Sie sich redlich bemühen, die Flanke der inneren Sicherheit nicht mehr in diesem desaströsen Ausmaß zu öffnen; denn das bestraft der Bürger zu Recht.

Im Großen wie im Kleinen jedoch gilt: Für eine wirklich gute Note ist dann doch vieles zu halbherzig, Etlliches zu wenig tiefgreifend und manches schlicht verstopft.

(Beifall von der AfD)

Ich erinnere nur an die Bosbach-Kommission, dann Bosbach-Baum-Kommission, dann wieder Bosbach-Kommission und nun die „Wofür-sind-wir-eigentlich da?-Kommission“ – nichts weiter als ein Wahlkampf-gag aus dem Hause Laschet, um einige konservative Wähler davon abzuhalten, die AfD zu wählen. Wie üblich war hier parteitaktisches Geplänkel wichtiger als echte Substanz.

Es ist nicht so lange her, als Ihnen zu der seit der Politik der offenen Grenzen ständig steigenden Zahl der Messerangriffe nichts weiter einfiel, als dass man Menschen nur nicht zu nah an sich heranlassen müsse. Das war nun wirklich eine Verhöhnung der Opfer der schwarz-rot-grün-gelben Politik des Staatsversagens.

(Beifall von der AfD)

Ohnehin muss man von einem Innenminister erwarten dürfen, dass er sich für Recht, Ordnung und Gesetz einsetzt, zum Beispiel auch an unseren Grenzen. Aber dazu hört man von Ihnen nichts. Die NRW-Westgrenze ist offen wie ein Scheunentor.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das sagt nicht nur die AfD, sondern das wird auch von der Polizeigewerkschaft so formuliert. Täglich strömen Massen von Menschen in unser Land, von denen wir nicht wissen, wer sie sind und was sie hier wollen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Aus den Niederlanden?)

Das ist nach wie vor Fakt. Darunter sind auch Kriminelle. Herr Minister, mir reichen unsere einheimischen Kriminellen völlig aus. Gerade ein Innenminister sollte dafür Sorge tragen, dass nicht noch unnötig viele Straftäter von außen hinzukommen. Diese zusätzlichen Kriminellen, die bei einem vernünftigen Grenzregime nicht in dieser Anzahl ins Land kämen, sind eine unnötige zusätzliche Belastung sowohl für die Polizei als auch für die Opfer.

(Beifall von der AfD)

Eine Belastung für Polizei und Opfer ist auch die Urteils- oder besser gesagt Nichturteilspraxis vieler Gerichte. Zu oft müssen Polizisten und Opfer ertragen, dass Straftäter wieder einmal nur zu Bewährungsstrafen oder, wenn überhaupt, zu Sozialstunden verurteilt werden.

Ich würde Sie bitten, sich einmal mit dem Minister der Justiz zusammzusetzen und dieser für den Bürger unverständlichen Praxis Abhilfe zu verschaffen. Es kann nicht sein, dass unsere ohnehin zu wenigen Polizisten durch eine zu lasche Justiz um die Erfolge ihrer Arbeit gebracht werden. Es darf auch nicht sein, dass Opfer von Straftaten sich durch das Nichtzupacken des Staates ein zweites Mal gedemütigt fühlen.

Natürlich benötigen wir jährlich mindestens 2.500, eher sogar, wie von uns letztes Jahr beantragt, 2.600 neue Polizeianwärter, wenn wir die Planzahl von jährlich 2.300 neuen Polizisten aufgrund der Abbrecher- und Nichtbesteherquote erreichen wollen. Da sind Sie uns mit 2.400 Stellen schon ein Stück näher gekommen. Ich hoffe, dass es nächstes Jahr 2.500 werden und dass wir übernächstes Jahr die von uns geforderte Zahl von 2.600 jährlichen Polizeianwärtern endlich erreichen werden.

Nicht aufgegriffen haben Sie unsere Forderung, für das Zulagenwesen deutlich mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Nicht einmal die von uns beantragten symbolischen 100 Euro monatlich wollen Sie unseren Polizisten gönnen – den Polizisten, die sich zum Beispiel im Hambacher Forst mit Fäkalien bewerfen lassen müssen,

(Helmut Seifen [AfD]: Unglaublich!)

die sich mit Stahlkugeln beschießen lassen müssen und die jetzt mit Spuckhauben ausgerüstet werden müssen.

(Helmut Seifen [AfD]: Unglaublich!)

Wenigstens haben Sie einigermaßen klar benannt, dass es sich bei den Gewalttätern im Hambacher Forst nicht unbedingt um friedliche Baumretter, sondern um knallharte Linksextremisten handelt, die oftmals verniedlichend „Aktivisten“ genannt werden –

(Beifall von der AfD)

Linksextremisten übrigens, die von den Grünen hofiert und in Schutz genommen werden, mit denen sie paktieren. Die Übergänge zwischen Jusos, Grünen und der extremen Linken sind sehr fließend.

(Helmut Seifen [AfD]: So ist es!)

Es wird daher Zeit, dass wir zum antitotalitären Grundkonsens zurückkehren und diese linken Gruppen genauso ächten und bekämpfen wie die Neonazis.

(Beifall von der AfD – Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Das heißt auch, dass wir die zur Verfügung gestellten Mittel gegen die unterschiedlichen Extremismen angleichen. Auch die schwarz-gelbe Regierung hat so gut wie nichts daran geändert, dass gegen links immer noch unverhältnismäßig wenig getan wird. Stattdessen wird das Umfeld dieser linken Gruppen auch noch vom Steuerzahler finanziert. Damit muss endlich Schluss sein,

(Beifall von der AfD)

genauso wie mit der unerträglichen Clankriminalität. Dass ein paar türkisch-kurdisch-libanesischen Clans ganze Stadtteile und kriminelle Geschäftsfelder beherrschen, können wir nicht zulassen. Es ist daher ein guter Anfang, dass in Essen jetzt einmal ein wenig die Zügel angezogen werden. Das geht in die richtige Richtung.

Wir sollten daraus aber auch lernen. Jetzt wird nach 30 Jahren mal ein bisschen an den bereits verfestigten kriminellen Strukturen gekratzt. Auch diese sogenannten Clans kamen einst als Flüchtlinge. In der Masse waren es eigentlich türkische Kurden. Sie tarnten sich mit falschen libanesischen Identitäten, um bei uns Aufnahme zu finden.

Das kommt mir bekannt vor. Wenn wir nicht aufpassen, werden wir in 10 bis 20 Jahren dasselbe Problem mit einem Teil der jetzt massenhaft und unkontrolliert zu uns gewanderten Menschen bekommen. Auch hier werden wir laufend über Alter, Name und Herkunft belogen. Die etablierte Politik will wohl auch betrogen werden. Anders lässt sich dieser Zustand für mich kaum erklären.

(Beifall von der AfD)

Dazu gehört auch, dass nicht ausreichend abgeschoben wird. Die Zahlen sind wirklich desaströs und eine Peinlichkeit sondergleichen für ein zivilisiertes Land. Nun fallen seit anderthalb Jahren Abschiebungen nicht mehr in Ihr Ressort, wo sie klassischerweise eigentlich hingehören und, ehrlich gesagt, auch wieder hinhüßeln.

Die Zahlen, die Ihr FDP-Kollege Stamp, der angebliche Integrationsminister, da abliefern, zeugen davon, dass er die Sache nicht im Griff hat. Die Gefährder, die er abgeschoben hat, kann man an zwei Händen abzählen. Das ist wirklich unfassbar. Jeder normale Bürger würde bei einer solchen Arbeitsleistung seinen Job verlieren.

(Beifall von der AfD)

Im Übrigen durfte er als Integrationsminister nicht einmal zu der Innenministerkonferenz der Länder fahren,

(Minister Herbert Reul: Och! – Helmut Seifen [AfD]: So ist es!)

bei der das Thema im Kollegenkreis besprochen wird.

Deshalb noch einmal mein Aufruf an Sie: Holen Sie sich das Thema „Abschiebung“ zurück ins Innenministerium, wo es hingehört, und fangen Sie endlich an, Menschen, die nicht hierhin gehören, wieder außer Landes zu schaffen!

Gefährder, Straftäter und Illegale haben hier nichts zu suchen. Sie beschmutzen auch den Ruf der gut assimilierten ausländischstämmigen Menschen, die nichts dafür können, dass – ich zitiere – die Regierung verrückt ist – Zitat Ende –, wie mir ein türkischer Taxifahrer neulich sagte.

(Beifall von der AfD)

Wir müssen dank der Politik der alten Parteien das Jahresende nun mit ganz anderen Hoffnungen begehen, als wir es die meiste Zeit unseres Lebens konnten.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Wir müssen gemeinsam darauf hoffen, dass wir keine Anschläge auf Weihnachtsmärkte und keine Massenvergewaltigungen an Silvester erleben müssen. Die Weihnachtsmärkte gleichen mittlerweile Festungen, in Berlin sogar Käfing.

Das sind die Folgen Ihrer Politik. Vielleicht denken Sie in einer ruhigen Minute einmal darüber nach und ändern etwas. Auch hier stirbt die Hoffnung wohl zuletzt.

Herr Minister, es ist nicht alles schlecht, was Sie machen. Aber vieles ist leider noch nicht gut genug. Der heutige Haushaltsentwurf gehört dazu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Wagner für die Fraktion der AfD. – Als nächster Redner hat nun für die Landesregierung Herr Minister Reul das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

Herbert Reul, Minister des Innern: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Wagner, ich glaube nicht, dass man die politischen Probleme der Menschen löst, indem man jedes Mal irgendwelche Grundsatzdebatten vom Zaun bricht und ewig herumjammert, was die Flüchtlinge alles falsch machen.

(Helmut Seifen [AfD]: Das ist kein Jammern, sondern ein Finger-in-die-Wunde-Legen!)

Die Leute wollen konkrete Veränderungen. Der Kollege Stamp und ich werden Schritt für Schritt konkrete Änderungen herbeiführen: konkrete Maßnahmen in der Sicherheitspolitik und konkrete Abschiebung – und nicht allgemeines Gejammer. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In einem Punkt hat Herr Wagner allerdings recht. Gestartet bin ich als jemand, der kein Fachmann für innere Sicherheit ist. Ich finde, es ist bisher ganz gut gelaufen.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

– Genau. Sagen Sie es ihm einmal. Erklären Sie ihm einmal, warum das so ist.

Jetzt zum Haushalt: Begonnen hat alles – insofern ist die Beschreibung der Wirklichkeit manchmal doch sehr unterschiedlich – mit ganz vielen Baustellen. Jeder wusste – die Menschen haben bei der Landtagswahl schließlich nicht aus Versehen so gewählt –, dass es eine Menge Baustellen im Bereich der inneren Sicherheit gibt. Wir haben uns entschieden, diese Baustellen Stück für Stück abzarbeiten, und zwar nicht mit großen Sprüchen oder Programmen, sondern ganz konkret.

Damit haben wir dann begonnen, sowohl bei der Polizei als auch beim Katastrophenschutz. Die Bezirksregierungen und der Verfassungsschutz gehören übrigens auch zu meinem Haus. Ganz so klein ist das Haus also gar nicht geworden.

Herr Ganzke, in diesem Zusammenhang möchte ich Sie auf einen kleinen Widerspruch hinweisen. Sie sagten: Er ist nur noch für die Polizei zuständig. – Dazu möchte ich Ihnen zunächst einmal sagen, dass das ein tolles Thema ist. Das Wort „nur“ erweckt den Eindruck, das sei kein wichtiges Thema. An Ihrer Stelle würde ich noch einmal darüber nachdenken, ob man das wirklich so formulieren sollte. Für mich ist das ein extrem wichtiges Thema.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Haushaltsvolumen – das haben viele bereits vorgetragen – ist noch einmal gewachsen. Das war schon beim Nachtrag für 2017 und beim Haushalt 2018 der Fall. Jetzt sind es wieder 5,8 Milliarden Euro mehr.

Im Bereich der Polizei arbeiten wir weiter am Ausbau der Personalstärke. Die Einstellungsermächtigungen sollen von 2.300 jetzt noch einmal um 100 auf 2.400 erhöht werden. Das finde ich gar nicht schlecht. Damit kommen wir doch ein Stück vorwärts.

Des Weiteren sind 500 Stellen für Verwaltungsangestellte eingeplant, und zwar für dieses Jahr, nächstes Jahr und die nächsten insgesamt fünf Jahre. Ich halte das für ein gutes Konzept. Natürlich haben Sie recht, wenn Sie sagen, so einfach sei die Umsetzung nicht. Schließlich muss man die Stellen zunächst ausschreiben; dann müssen sich die Leute bewerben; anschließend gibt es Personalratsbeteiligungen.

Wenn man Pech hat, muss man, wenn man die besten Leute nimmt, noch deren Kündigungsfristen berücksichtigen. Das ist der eigentliche Grund, warum die Stellen nicht so schnell besetzt werden können, wie wir sie besetzen wollen. Wir liegen aber schon bei mehr als 400. So schlecht ist das auch nicht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Apropos 400: Wir werden darüber hinaus – das wird immer vergessen – weitere 400 Leute als Spezialistinnen und Spezialisten bei der Polizei und in anderen Bereichen einstellen. Das Ganze muss dann auch noch mit Sachmitteln ausgestattet werden – das stimmt –, um Terrorismusabwehr und Verbrechensbekämpfung zu verbessern. Wir brauchen in der Tat hochqualifiziertes Personal.

Der Haushaltsentwurf enthält zudem Mittel in Höhe von fast 40 Millionen Euro für die Beschaffung von ca. 800 neuen Streifenwagen. Ich will gar nicht mehr über die Verbesserungen der Ausstattung sprechen, die schon umgesetzt werden. Das ist bereits vorgebracht worden.

Auch da gehen wir Stück für Stück vor. Die Ausstattung der Polizei wird immer umfangreicher. Wir brauchen deshalb mehr Platz in den Streifenwagen. Daher gibt es neue Streifenwagen. Klar ist: 2019 fangen wir an, die Streifenwagen Stück für Stück auszutauschen. Genauso haben wir es auch in anderen Bereichen gemacht, zum Beispiel bei den Videokameras, die wir den Polizisten mit auf den Weg geben.

Wir investieren übrigens auch in mobile Kommunikation. Die Investitionssumme hätte – da bin ich ganz ehrlich – meiner Meinung nach noch höher ausfallen können. 10 Millionen Euro sind ein Anfang, ein Einstieg.

Herr Kollege Ganzke, nur damit Sie das verstehen: Der Finanzminister hatte mir sogar schon für den

Nachtrag 2017 Geld zur Verfügung gestellt. Ich konnte es aber nicht ausgeben, weil vom Ministerium – auf Deutsch gesagt: von denjenigen, die früher dafür verantwortlich waren – gar keine Voraussetzungen dafür geschaffen worden waren.

Ich hätte die iPads kaufen können, und die Polizei hätte sie für Spiele in den Autos verwenden können, wie es bei den Geräten, die mein Vorgänger angeschafft hat, der Fall war. Sie waren aber überhaupt nicht einsatzbereit, weil die Software gar nicht so weit war. Wir haben ein ganzes Jahr verloren, weil wir da nacharbeiten mussten. Früher hieß das „Nachsitzen“.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vor diesem Hintergrund möchte ich nicht die Schuld dafür zugeschoben bekommen. Wir hätten 2017 anfangen können. Nun fangen wir erst jetzt an und werden 2018 endlich weiterkommen.

Die Modernisierung der Polizei erfordert große Summen. Wir haben noch eine Riesenbaustelle. Ich will sie schon jetzt benennen, weil ich diesbezüglich noch auf Sie zukommen werde. Im Bereich der IT-Ausstattung haben wir ein riesiges Defizit. In dieser Hinsicht ist die Polizei in Nordrhein-Westfalen noch lange nicht dort, wo sie hin muss. Aber es geht nicht alles auf einmal.

Zum Haus gehört auch – das wird immer vergessen; Frau Schäffer hat daran erinnert – der Verfassungsschutz. In diesem Bereich gibt es eine zusätzliche Mittelerhöhung von 3,1 Millionen Euro. Übrigens stehen nicht unwesentliche Teile davon für Präventions- und Aussteigerprogramme bezüglich Links- und Rechtsextremismus, beispielsweise „Wegweiser“, und Islamismus zur Verfügung.

Man kann natürlich darüber streiten, ob das in den Bereich des Verfassungsschutzes gehört. An dieser Stelle möchte ich an mein Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ erinnern. Ich glaube, dass der Verfassungsschutz der Zukunft mehr machen muss, als nur zu beobachten. Er hat ein viel breiteres Aufgabenspektrum. Dazu gehört dieser Bereich übrigens auch.

Sie werfen mir vor, ich wolle den Verfassungsschutz ausbauen, was ich auch tue. Wenn ich das in der „Süddeutschen Zeitung“ erkläre, ist es in Ihren Augen falsch. Sie verdächtigen mich direkt, diesen Bereich mit dem Bereich der Polizei vermischen zu wollen. Das will ich überhaupt nicht. Ich kenne nur eine Partei in Deutschland, die in der Frage des Verfassungsschutzes eine andere Position hat als die meisten anderen. Wenn ich mich recht erinnere, ist das Ihre Truppe, die immer wieder darüber nachdenkt, ob man den Verfassungsschutz braucht und ob man ihn nicht mit Teilen der Polizei zusammenlegen kann.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wer denn? Dann sagen Sie es doch einmal! Sagen Sie doch, wer das behauptet!)

– Nicht Sie hier. Ich meine die Oberen, die Großen in Berlin. – Insofern muss man sich damit auseinandersetzen.

Ein weiterer Block im Haushalt, der überhaupt noch nicht benannt worden ist, betrifft die Ausstattung der Kommunen. Was wir hier tun, ist übrigens wieder kein theoretisches Gequatsche. Vielmehr handelt es sich dabei um praktische Hilfen, zum Beispiel zur Anschaffung neuer Ausweis- und Passprüfgeräte. Wir schaffen sie an und bezahlen sie, damit die Gemeinden und die Kommunen prüfen können, ob da alles sachlich und fachlich richtig ist. Das ist ein echter Beitrag zur Stärkung.

Übrigens werden wir auch bei den Ausbildungseinrichtungen eine Menge verstärken. Leider tun wir da nicht so viel – das gebe ich offen zu –, wie ich gerne möchte. Wie gesagt, kann man nicht alles auf einmal machen. Mehr Leute einzustellen, hat jetzt Priorität. Bei der Ausbildung werden wir dann sukzessive nacharbeiten.

Auch die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen bekommt 51 zusätzliche Stellen, davon allein 30 Stellen für neue Lehrende. Das alles tun wir, weil wir wollen, dass trotz steigender Studierendenzahlen die Qualität der Ausbildung auf hohem Niveau bleibt.

Feuerschutz, Katastrophenhilfe: Zur besonderen Leistung der Feuerwehren, die insbesondere in vielen Bereichen auch ehrenamtlich tätig sind, ist schon viel gesagt worden. 900.000 Euro neu für die Förderung des Ehrenamts im Bereich der Feuerwehren sind doch etwas. Bei den Kinderfeuerwehren machen wir weiter. Aber es macht doch keinen Sinn, dort Geld hineinzugeben, wenn wir das im nächsten Jahr gar nicht brauchen, weil wir mit den vorhandenen Mitteln auskommen. Das ist zwar nett für die Schlagzeile, aber eigentlich Quatsch. Da ist es doch viel redlicher, zu sagen: Wir setzen das Geld da ein, wo wir es jetzt auch brauchen.

(Beifall von der CDU)

Ich will darauf hinweisen, dass wir auch für die Bezirksregierungen zuständig sind. Bei den Bezirksregierungen – ich will es kurz machen – wird in einigen Bereichen reduziert, auch was das Personal angeht. Im Asylbereich werden jedoch 478 neue Planstellen ausgebracht, damit wir dort vorankommen. Auch im Zuge der Gigabit-Strategie gibt es 28 neue Planstellen, um hier bei den Bezirksregierungen koordinierend tätig zu sein und beratend Hilfe leisten zu können.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir in Zukunft auch im Bereich der Ausbildungen mehr einstellen. Das ist eine Kleinigkeit. Als öffentliche Hand müssen wir die

Frage beantworten, wo wir bei dem wachsenden Wettkampf um junge Leute auch selber junge Leute ausbilden. Wir müssen in den unterschiedlichen Bereichen die Voraussetzungen dafür schaffen. Wir werden die Einstellungsermächtigungen auf 563 steigern. Deswegen können mehr junge Menschen eingestellt werden.

Bei der technischen Infrastruktur – dazu habe ich bereits etwas gesagt – im Polizeibereich und hier insbesondere im Digitalfunk sind die Voraussetzungen geschaffen worden.

Ich will nur noch einen Punkt benennen und es dann, weil meine Redezeit zu Ende geht, dabei bewenden lassen. Wir haben bei den Liegenschaften einen Investitionsstau von 1 Milliarde Euro vorgefunden. Auf gut Deutsch: Polizisten hausen in Unterkünften, in denen Ratten herumlaufen. Das geht ja wohl nicht! Dafür bin ich aber nicht verantwortlich, um es klar zu sagen. Wir haben mittlerweile recherchiert. Inzwischen haben wir ein Defizit von 2 Milliarden Euro. Das wird man nicht hopplahopp beheben können. Es wäre verlogen, das zu versprechen. Aber mittlerweile sind Verpflichtungsermächtigungen von über 900 Millionen Euro eingestellt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das heißt, dass wir fast die Hälfte für diese Periode als Verpflichtungsermächtigungen eingestellt haben. Wenn wir das hinbekommen, haben wir einen Riesenbrocken geleistet und manch eine der Schandtaten der Vergangenheit beseitigt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Man nennt das „Sanierungsstau“ oder „die Hausaufgaben machen, die andere nicht gemacht haben“. Ich finde, wir sind ganz gut vorangekommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Da es noch vor 12:30 Uhr ist, können wir zur Abstimmung kommen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/4403, den Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Daher kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Ich darf fragen, wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht im Haus. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 03 in der**

zweiten Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen worden.

(Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun rufe ich auf:

Einzelplan 04 Ministerium der Justiz

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/4404 hin.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD der Abgeordneten Bongers das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Sonja Bongers (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsberatungen sind immer auch der Moment, Zwischenbilanz zu ziehen. Die Zwischenbilanz von Minister Biesenbach fällt mehr als ernüchternd aus.

Sie hatten, Herr Minister, zugegebenermaßen einen guten Start. In Zeiten voller Kassen war der Finanzminister bereit, Ihnen für die Justiz neue Stellen zu bewilligen – immerhin 1.135 neue Stellen für 2018. Dafür wurden Sie im letzten Jahr zu Recht gelobt.

In Bezug auf den Einzelplan 04 macht uns jetzt vor allem die Stellenbesetzung im Bereich der Justiz Sorgen.

Meine Fraktion hat bereits vor einem Jahr zugesagt, dass Sie uns an Ihrer Seite haben, wenn sich die Landesregierung ehrlich und ernsthaft für mehr Ressourcen für die Justiz in Form von ausreichendem Personal einsetzt. Mit dem vergangenen Haushalt wurden 1.135 neue Stellen geschaffen. Weil wir ein ernsthaftes Interesse daran haben, dass genügend gut ausgebildetes Personal vorhanden ist, um alle Aufgaben gemäß den gesetzlichen Vorgaben bewältigen zu können, haben wir damals diesen ersten Haushalt nicht abgelehnt. Das war ein ganz bewusstes Zeichen und nicht selbstverständlich für die größte Oppositionsfraktion.

Jetzt sieht die Situation allerdings anders aus. Leider mussten wir mit Bedauern feststellen, dass bis zum 1. Oktober 2018 immer noch 1.300 Stellen in Justiz und Strafvollzug unbesetzt sind.

(Beifall von der SPD – Sven Wolf [SPD]: Hört! Hört!)

Damit wurde bis zum 1. Oktober 2018 rechnerisch noch keine einzige der im Haushalt 2018 zusätzlich bewilligten Stellen besetzt.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ups! – Sven Wolf [SPD]: Tolle Bilanz!)